

IKRK-Präsident verteidigt Uno-Migrationspakt: «Ein Ausstieg der Schweiz wäre seltsam»

Sie reisen von Krise zu Krise, treffen immer wieder auf Menschen, die Schreckliches tun oder getan haben. Hat das Ihr Menschenbild verändert?

Nicht grundsätzlich. Ich bin immer wieder überrascht, wie belastbar die Zivilbevölkerung trotz widrigen Lebensumständen ist und wie häufig es ihr gelingt, aus Schwierigkeiten herauszufinden. Verändert hat sich mein Menschenbild aber im Kontakt mit vielen Kriegführenden. Als Präsident des IKRK erlebt man unmittelbarer als in anderen Funktionen, was der Philosoph Peter Sloterdijk Machtzynismus nennt.

Die Menschenrechte sind jüngst weltweit unter Druck geraten, Umfang und Zahl humanitärer Krisen haben zugenommen. Fühlt sich die Arbeit als IKRK-Präsident bisweilen an wie ein Sisyphus-Projekt?

Ich würde eher von zwei Realitäten sprechen. Unbestritten ist, dass es gegenwärtig mehr Krisen und Vertriebene gibt. Das humanitäre Völkerrecht wird zu wenig respektiert, was wir immer wieder monieren. Es gibt aber auch Gegenströmungen, die dazu führen, dass viele Menschen trotz allen Schwierigkeiten in grösserer Sicherheit und Stabilität leben. Die Aktivitäten von Organisationen wie dem IKRK haben positive Auswirkungen. Unsere jüngsten Studien zeigen etwa, dass das humanitäre Völkerrecht auf breiter Ebene bekannt ist und viel öfter respektiert als missachtet wird. Diese Realitäten müssen wir ebenfalls zur Kenntnis nehmen – und darauf aufbauen.

«Der Uno-Migrationspakt wurde während fast dreier Jahre völlig transparent verhandelt. Wer in dieser Diskussion Bedenken hat, hätte diese problemlos einbringen können.»

Fortschritte verspricht auch der Uno-Migrationspakt, in dessen Beratung das IKRK involviert war. Nun lehnen ihn immer mehr Länder ab. Haben die Diplomaten die innenpolitischen Realitäten aus den Augen verloren?

Die Diskussion hat merkwürdige Züge angenommen. Es ist nicht die Aufgabe von Diplomaten, in Verhandlungen die innenpolitische Entwicklung zu antizipieren. Vielmehr ist es an der Politik, diese immer wieder in Erinnerung zu rufen und die Mandate entsprechend zu formulieren. Zudem handelt es sich nicht um einen Geheimvertrag, der plötzlich an die Öffentlichkeit gekommen ist. Der Uno-Migrationspakt wurde während fast dreier Jahre völlig transparent verhandelt. Wer in dieser Diskussion Bedenken hat, hätte diese problemlos einbringen können.

Wie erklären Sie sich, dass dies nicht der Fall war?

Die Debatte in der Schweiz kann ich mir fast nur mit der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative erklären. Auch wenn jeder, der zu differenzieren vermag, weiss, dass die zwei Themen nichts miteinander zu tun haben. Dass es zwischen aussen- und innenpolitischen Interessen immer ein Spannungsfeld gibt, ist aber eine Tatsache. In diesem Sinne verstehe ich, dass sich ein Land wie die Schweiz überlegt, wie es mit den verschiedenen Kategorien von Recht umgehen will. Das IKRK hat Bestrebungen, die Soft Law mehr Geltung geben wollen, als es tatsächlich hat, immer kritisch gesehen.

Der Unmut über den Migrationspakt geht über die SVP hinaus. Auch FDP und CVP sehen ihn kritisch.

Man kann das Verhandlungsergebnis selbstverständlich unterschiedlich beurteilen. Wir sind aber der Meinung, dass es sich trotz Schwächen um einen guten Kompromiss handelt. Dieser ist namentlich dank der Schweiz zustande gekommen, die für die Verhandlungen ihre Guten Dienste und ihre Fazilitation angeboten hat. Ein Ausstieg des Landes, das so stark involviert war, wäre schon seltsam. Es geht schliesslich um eines der dringendsten humanitären Probleme unserer Zeit. Alle Staaten wissen, dass dieses Problem nur auf multilateraler Ebene zu bewältigen ist – und der Migrationspakt offeriert hierfür nachhaltige Lösungen.

Der Bundesrat wartet die Diskussion im Parlament ab. Was würde eine Ablehnung des Migrationspakts bedeuten?

Es ist nicht meine Aufgabe, dies zu beurteilen. Die Schweizer Politik kann jedes Verhandlungsergebnis annehmen oder ablehnen. Ich rechne am Uno-Gipfel in Marrakesch aber mit einer breiten Zustimmung. Am Ende unterzeichnen wohl zwischen 160 und 180 Staaten den Pakt. Diese Kräfteverhältnisse werden politische Realitäten schaffen. Die Vereinbarung dürfte in den nächsten Jahren zu einem Rahmen für internationale Migrationsdebatten werden.

Der Bundesrat unterzeichnet auch den Atomwaffensperrvertrag nicht. Gefährden solche Entscheide das humanitäre Profil der Schweiz?

Wir schätzen die Zusammenarbeit mit der Schweiz und anderen Staaten, die humanitäre Prinzipien in ihre Politik einbringen. Wir müssen nicht zu jedem Thema die gleiche Meinung vertreten. Das IKRK ist eine humanitäre Organisation, die Schweiz ein Land mit vielfältigen Interessen, das Abwägungen vornehmen muss. Und trotzdem mögen wir es natürlich, wenn die Politik zu Ergebnissen führt, die in Einklang mit unseren Interessen stehen.

Uns beschäftigt primär der zu leichte und zu billige Erwerb von Waffen in Krisengebieten. Wir haben uns für den Waffenhandelsvertrag eingesetzt, wie auch die Schweiz. Dieser hält fest, dass kein Kriegsmaterial in Gebiete exportiert werden soll, in denen dieses für Verletzungen des humanitären Völkerrechts gebraucht werden könnte. Die Schweiz hat diese Verpflichtung ebenfalls unterschrieben. Wie genau die nationalen Regelungen sind, ist Sache der einzelnen Länder. Sie müssen dabei aber auch ihre gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen beachten.

Wie stark soll sich das IKRK in die Innenpolitik einmischen?

Wir haben einen humanitären Auftrag und eine klare Politik, und das seit 155 Jahren. In präzise definierten Bereichen haben wir mit den Ländern Vertraulichkeit vereinbart und arbeiten bilateral zusammen. Dabei handelt es sich etwa um Gefängnisbesuche und die Verletzung oder Einhaltung des Völkerrechts in Kriegsgebieten. Es gibt aber immer auch Bereiche, in denen wir uns öffentlich für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen. Die Linie, wann sich das IKRK äussert, ist somit klar – das gilt nicht nur für die Schweiz, sondern auch für andere Länder.

Seit Jahren wächst der Bedarf für humanitäre Hilfe, bei der Finanzierung klafft eine Lücke. Wie erklären Sie sich das?

Die Dynamiken von Gewalt und Konflikten sind heute stärker als unsere Fähigkeit, auf deren Auswirkungen zu antworten. In der internationalen Politik fehlt gegenwärtig der gemeinsame Wille, daran etwas zu ändern. Es gibt viele Gründe dafür, dass immer mehr Menschen von humanitärer Hilfe abhängig sind: die Fragmentierung der Konfliktparteien oder die Urbanisierung des Krieges etwa. Der Kern dieser Probleme ist aber ein politischer. Jene, die an der Macht sind, nutzen diese oft nicht, um Probleme auf friedliche Art und Weise zu lösen. Dieser Machtmissbrauch hat in den letzten Jahren zu der einmaligen Eskalation von Gewalt und Konflikten geführt.

Sie sprechen von Jemen, Syrien, Bangladesh?

Das geht weit darüber hinaus. Wir haben ein riesiges Band an Instabilität, das sich von Westafrika durch den afrikanischen Kontinent über den Nahen Osten und Afghanistan bis nach Südostasien erstreckt. Es gibt fünfzehn bis zwanzig Konflikte, die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten, akut sind. Es liegt auch in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, diesen anhaltenden Konflikten eine grössere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das IKRK hat bei der Finanzierung neue Wege eingeschlagen. Sie arbeiten zum Teil mit privaten Investoren zusammen und versprechen eine erfolgsabhängige Rendite. Ist es richtig, humanitäre Hilfe privatwirtschaftlichen Mechanismen zu unterwerfen?

Man muss unterscheiden. Bei kurzfristiger Nothilfe gibt es keine Alternative zu staatlichen Mitteln und privater Philanthropie. Bei längerfristigen Projekten, die für die Bevölkerung auch neue Perspektiven schaffen sollen, sieht es anders aus. In diesem Bereich sind andere Finanzierungsquellen durchaus interessant und können komplementär wirken. Wir testen zurzeit Versicherungsmodelle und haben einen humanitären Investitionsbond lanciert. Wir glauben, dass das die Zukunft ist – nicht für alle Bereiche der humanitären Hilfe, aber für jene, die über die Nothilfe hinausgeht.

Das Geld ist das eine, das andere ist das öffentliche Interesse: Meldungen über Greuelthaten in Jemen oder Syrien führen kaum noch zu einem Aufschrei. Es scheint, als wären wir angesichts der Zahl der Krisenmeldungen abgestumpft. Was kann man dagegen tun?

Eine gewisse Abstumpfung mag es in einigen Gesellschaften tatsächlich geben. Die Leute, die einem Konflikt ausgesetzt sind, sind jedoch keinesfalls abgestumpft. Es ist wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass humanitäre Hilfe wirkt, dass sie es der Bevölkerung ermöglicht, sich aus Notlagen zu befreien und zu einem halbwegs normalen Leben zurückzukehren. Das Bild der passiven Opfer ist falsch – genauso falsch, wie wenn Leute glauben, die Hilfe nütze ja doch nichts. Es gibt Hoffnung, es gibt Perspektiven, selbst in den schwierigsten Kontexten: Das ist eine Botschaft, die ich immer wieder betone.

«Es gibt fünfzehn bis zwanzig Konflikte, die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten, akut sind.»

Viele Länder diskutieren den Einsatz autonomer Waffensysteme. Zivilisten könnten besser geschützt werden, sagen etwa die USA. Sehen Sie das auch so?

Den Entscheid über die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sollten wir nicht einem Algorithmus überlassen. Ich glaube, es braucht menschliche Kontrolle. Und ich glaube, es braucht einen strukturierten Diskussionsprozess zwischen den Vertragsstaaten der Genfer Konventionen. Wir müssen zu einem Konsens gelangen, was genau menschliche Kontrolle bedeutet. Heute sind wir noch weit davon entfernt, mit zuverlässigen Maschinen rechnen zu können, die unkontrolliert funktionieren.

Einige Staaten fordern ein generelles Verbot solcher Waffensysteme. Ist das die Lösung?

Im Moment gibt es noch zu viele Unklarheiten darüber, was genau verboten würde. Das Bestreben des IKRK zielt darauf ab, einen Diskussionsprozess einzuleiten, um zu einem klareren Verständnis zu kommen, was verboten werden sollte und was welchen Kontrollen unterworfen würde. Ob die Debatte schliesslich auf ein generelles Verbot hinausläuft, wird sich zeigen.

Nein. Ich nehme oft Stellung, wie andere IKRK-Delegierte auch. Meist zwar nicht öffentlich, aber etwa im persönlichen Gespräch. Wir schweigen nicht – im Gegenteil. Häufig wählen wir schlicht andere Formen als die öffentliche Kritik.

Von Calmy-Rey zum Roten Kreuz

Peter Maurer ist seit 2012 Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Zuvor war der 62-jährige Berner jahrelang im diplomatischen Dienst tätig. Von 2000 bis 2004 leitete er die Politische Abteilung IV des Auswärtigen Amtes (EDA), die sich mit der zivilen Friedensförderung und der Stärkung der Menschenrechte befasst. 2004 wurde Maurer Schweizer Botschafter am Uno-Hauptsitz in New York. Unter Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ernannte der Bundesrat ihn 2010 zum Staatssekretär, der Nummer zwei im EDA. Im IKRK folgte er auf Jakob Kellenberger. Am Montag hielt Maurer vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag. *(gaf.)*

huGO Pub ID	266348526
Autorenzeile	keine Angabe
Veröffentlichung	27.11.2018 23:00:00
Publikation	nzz.ch
Ausgabe	Onlineausgabe
Ressort	Schweiz